



Presseschau vom 25.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: KBV-Bericht: Kassenärzte rechneten 2021 fast 2,5 Millionen Behandlungen von Impfnebenwirkungen ab

Nebenwirkungsfreie Corona-Impfungen? Fehlanzeige: Ein Papier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung weist 2,5 Millionen Patienten aus, die sich im letzten Jahr allein bei Kassenärzten wegen mutmaßlicher Impfnebenwirkungen behandeln ließen. Das ist etwa jeder 25. Geimpfte. ...

<https://kurz.rt.com/31gl> bzw. [hier](#)

Alexander Karpow, Aljona Medwedewa: Moskau widerspricht Behauptungen, EU-Sanktionen hätten keine Auswirkungen auf Ernährungssicherheit

Die Äußerungen von Politikern aus der EU, dass die Sanktionen gegen Russland keine Bedrohung für die weltweite Nahrungsmittelsicherheit darstellen, werden bedeutungslos vor dem Hintergrund zusätzlicher Hindernisse für Waren aus Russland und Weißrussland, die offiziell gar keinen Beschränkungen unterliegen, sagte als Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. ...

<https://kurz.rt.com/31g0> bzw. [hier](#)

Igor Karaulow: Der Westen fürchtet die Größe der russischen Kultur

Beeindruckt von den Bildern der Abschaffung der russischen Kultur in Europa haben einige den Schluss gezogen, dass die Russen heute die "neuen Juden" seien, die neuen einmaligen Ausgestoßenen der Welt. Aber es gibt keinen Grund, übermütig zu werden. ...

<https://kurz.rt.com/31gf> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Gegen Nachwuchsprobleme beim Militär: US-Streitkräfte lockern Regeln für Tätowierungen

Nachwuchsprobleme beim Militär plagen nicht nur die Bundeswehr. Das US-Militär erlaubt künftig mehr Tätowierungen, was auch der Rekrutierungsflaute entgegenwirken soll. Zudem gibt es Ausnahmeregelungen, um weiteren Bewerbern den Eintritt zu ermöglichen.

Gegen Nachwuchsprobleme beim Militär: US-Streitkräfte lockern Regeln für Tätowierungen...

<https://kurz.rt.com/31gg> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Gas-Notlage: Die Linke fordert Stopp der Energie-Sanktionen gegen Russland

Während unter anderem die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zum Energiesparen aufruft, fordert die Linkspartei die Bundesregierung und die EU auf, ihre Energiesanktionen gegenüber Russland dringend zu überprüfen. Die Partei betont, dass es ohne russische Gaslieferungen zu gravierenden Versorgungsengpässen kommen werde. ...

<https://kurz.rt.com/31ha> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: US/NATO-"Experten" überrascht – Russland gewinnt!

Die Einschätzungen westlicher "Experten" über Strategie und Taktik der russischen Kriegsführung im Donbass haben sich letztlich alle als falsch erwiesen. Die einen haben wegen ihres blinden Glaubens in die eigene Propaganda versagt, und die anderen wegen Zugrundelegung von US-Modellen der Landkriegsführung, die auf die russische Armee nicht zutreffen. ...

<https://kurz.rt.com/31fm> bzw. [hier](#)

Andreas Richter: Mediale Begleitung in die "neue Normalität": Kühlere Wohnungen sind laut "Welt" gesünder

Kühler Wohnen ist gesund, weniger Duschen auch. Die Medien liefern die immer absurdere Begleitmusik für die immer härteren Einschränkungen und die Schaffung der "neuen Normalität" im Westen. Dabei geht es nicht um Berichterstattung, sondern um Propaganda. ...
<https://kurz.rt.com/31hz> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Robert Habeck und der Geschmack der Diktatur

Musste er nicht, wie alle Minister, schwören, "das Wohl des deutschen Volkes zu wahren und Schaden von ihm zu wenden"? Habeck ist das eher fremd. Freiheitsphrasen und Wertegeltingel kann er gut, aber noch besser gefallen ihm Notstand und Zensur. ...
<https://kurz.rt.com/31h2> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: Panzerhaubitzen am 22. Juni: Warum Medwedew die Deutschen an die Leningrader Blockade erinnert

Es knirscht gewaltig zwischen Deutschen und Russen. Die Russen haben sich daran gewöhnt, russophobe Signale aus Warschau, London oder Washington zu empfangen und dementsprechend zu reagieren. Für Berlin galten in Moskau noch andere Maßstäbe – bis vor kurzem. ...
<https://kurz.rt.com/31gh> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die EU kämpft gegen Desinformation? Von wegen, sie will nur das Monopol darauf!

Es gibt die Notlüge, die einfache Lüge und die Statistik. Und dann gibt es noch die EU. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat gerade mal wieder gezeigt, wie man es schafft, jeder Wahrheit erfolgreich aus dem Weg zu gehen. ...
<https://kurz.rt.com/31a4> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

18:54 de.rt.com: "Viel Geld für wenig Sicherheit" – Greenpeace warnt vor Erwerb von F-35-Bombern für die Bundeswehr

Die Tarnkappenjets vom Typ F-35 gehören zwar zu den modernsten Kampfflugzeugen der Welt, ihre Entwicklungsstufe steckt allerdings noch in den Kinderschuhen. Nun hat die Umweltorganisation Greenpeace in einer Studie vor den bekannten Mängeln des Fliegers gewarnt: Diese könnten zu einem Desaster führen.

Die Anschaffung der F-35-Atombomber für die Bundeswehr könnte laut einer Auswertung der Organisation Greenpeace zu einem sicherheitstechnischen, finanziellen sowie politischen Fiasko für die Bundesregierung werden. Die hochmodernen US-Tarnkappenjets vom Typ F-35 fielen demnach mit schwerwiegenden Problemen auf. "Obwohl die F-35 bereits seit über zehn Jahren bei den US-Streitkräften im Einsatz ist, leidet das Flugzeug weiterhin unter zahlreichen Problemen und Mängeln, die durch die regelmäßigen, offiziellen Berichte unterschiedlicher US-Stellen und auch durch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Projekte belegt sind", heißt es in der Studie der Umweltorganisation.

Bei allen bislang produzierten und ausgelieferten circa 750 F-35 handelt es sich Greenpeace zufolge um Modelle aus der sogenannten "Anfangsproduktion", die noch nicht alle Anforderungen an ein vollständig ausgereiftes Flugzeug erfüllen. Insbesondere die Triebwerke des Jets würden Probleme bereiten, schreibt Greenpeace unter Berufung auf einen

Bericht des US-Rechnungshofs. Dieser habe deshalb davor gewarnt, dass 2030 bis zu 43 Prozent der Flugzeuge flugunfähig sein könnten, "sofern nicht drastisch gegengesteuert wird". Aus den Dokumenten gehe zudem hervor, dass die sogenannte Verfügbarkeit der Tarnkappenbomber-Flotten im Schnitt bei weniger als 40 gelegen habe – im Zeitraum 2014 bis 2021.

Zuletzt habe die F-35 laut verschiedenen US-Gutachten außerdem 826 Mängel aufgewiesen, davon vier kritische, heißt es in der Studie weiter. Welche Teile genau betroffen sind, sei nicht öffentlich bekannt. "Laut zuständiger US-Prüfbehörde wurden im Jahr 2021 jedoch neue Mängel in den Bereichen Waffen, Sensorfusion, Kommunikation und Navigation, Cybersicherheit sowie Zielerfassung festgestellt." 16 Fehler betreffen demnach auch "besonders sensible Bereiche". Ein großer Teil der Schwierigkeiten lasse sich auf Probleme bei der Softwareentwicklung zurückführen, so Greenpeace.

Die Umweltorganisation geht davon aus, dass eine deutsche Beschaffung von 35 F-35 die deutschen Steuerzahler "mindestens 5,7 Milliarden Euro kosten dürfte". Darin seien allerdings noch nicht die Kosten für die Bewaffnung der Flugzeuge und weitere möglicherweise ebenfalls notwendige Investitionen in die Infrastruktur der Bundeswehr enthalten:

"Eine Kostenabschätzung für die angekündigte deutsche Beschaffung der F-35A ist mit vielen Unwägbarkeiten verbunden."

Die Bundesregierung hatte im März erklärt, die Luftwaffe mit F-35-Tarnkappenjets ausrüsten zu wollen. Die Maschinen des Herstellers Lockheed Martin zählen zu den modernsten Tarnkappenjets der Welt. Das Flugzeug reflektiert wegen seiner speziellen Form und Außenbeschichtung nur wenig Radarstrahlung und ist für das gegnerische Radar somit nahezu unsichtbar. Frühere Pläne der Bundesregierung sahen als Ersatz für den Tornado den Kauf amerikanischer F-18-Jets für das 33. Luftgeschwader vor. Diesen fehlt jedoch zurzeit noch die für den Einsatz von Atombomben benötigte Zertifizierung, die bei der F-35 bereits erfolgt ist. Der neue Tarnkappenjet ist dabei hauptsächlich als neues Atombombenträgersystem gedacht. Das Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr hat im Rahmen der nuklearen Teilhabe im Falle einer entsprechenden Notsituation nämlich die Aufgabe, die im rheinland-pfälzischen Büchel gelagerten amerikanischen Atombomben des Typs B61-4 zu transportieren und über dem anvisierten Zielort abzuwerfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b5b4e248fbef0a9e39a7fe.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz vor einem F-35-Tarnkappenjet bei der ILA-Eröffnung auf dem ILA-Gelände am Flughafen Berlin-Brandenburg, 22.06.2022

19:40 de.rt.com: **EU-Kommission: Rückkehr zu normalen Beziehungen mit Putin unmöglich**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Möglichkeit der Normalisierung der Beziehungen der Europäischen Union zu Russland unter dem russischen Staatschef

Wladimir Putin ausgeschlossen. Im Gespräch mit dem Fernsehsender Ukraina 24 sagte sie: "Wir haben sechs Sanktionspakete verhängt, die die russische Wirtschaft ernsthaft unterminieren, und zwar mit der Zeit immer mehr. Daher ist es für uns unmöglich, zu normalen Beziehungen mit Putin zurückzukehren."

Zuvor hatte von der Leyen bei einer Pressekonferenz am Freitag in Brüssel mit Blick auf das angestrebte Embargo für russisches Öl und Gas eingeräumt, dass Russland inzwischen die Gaslieferungen an zwölf EU-Staaten gedrosselt oder komplett gestoppt habe. Angesichts drohender Gas-Engpässe forderte sie die europäischen Verbraucher erneut zum Energiesparen auf.

20:20 de.rt.com: Putin: **Russland kann 50 Millionen Tonnen Getreide auf Weltmarkt bringen**

Russland ist bereit, Getreide auf den Weltmarkt zu exportieren. Dies erklärte der russische Staatschef Wladimir Putin. Die Versorgungsprobleme würden von den westlichen Ländern künstlich aufgeblasen, so der Präsident. Wörtlich hieß es:

"Wir haben eine gute Ernte vor uns. So Gott will, geht bei uns alles in Ordnung. Zusätzlich zu den 37 Millionen Tonnen, die wir in diesem Jahr auf den Weltmarkt liefern, können wir [mit der neuen Ernte] wahrscheinlich weitere 50 Millionen Tonnen Getreide auf den Weltmarkt bringen."

Putin betonte, dass Russland bereit sei, alle seine Verpflichtungen nicht nur in Bezug auf den Export von Getreide, sondern auch in Bezug auf Düngemittel, landwirtschaftliche Waren, Energie und andere wichtige Produkte sorgfältig zu erfüllen, auch wenn die Arbeit schwieriger geworden sei:

"Die Versicherung von Fahrzeugen, Trockenfracht, Bankzahlungen für Handelsverträge wird immer komplizierter."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b5e6e4b480cc2bf3323f2d.jpg>

20:40 de.rt.com: **Um Energie zu sparen: Habeck duscht jetzt schneller**

Der Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat mitgeteilt, dass er nun kürzer dusche, um Energie zu sparen. Dies erklärte der Grünen-Politiker in einem am Freitag veröffentlichten Interview mit dem Spiegel. Darin erläutert er:

"Ich halte mich an das, was mein Ministerium empfiehlt. Meine Duschzeit habe ich noch mal deutlich verkürzt."

Dabei habe er in seinem Leben noch nie fünf Minuten lang geduscht. Zudem betonte Habeck, dass er spät nach Hause komme, um sechs Uhr morgens aufstehe und um sieben Uhr "schon wieder weg" müsse. Daher brauche er im Winter überhaupt nicht zu heizen. In diesem Zusammenhang appellierte er an seine Mitbürger:

"Menschen sollen sich nicht fragen müssen, was sie kriegen, sondern sie sollen es tun, weil sie Bock haben, in diesem Land zu leben, weil sie Stolz und Freude dabei empfinden, für

andere etwas zu tun."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b5f48748fbef0a9e39a845.jpg>

22:19 (21:19) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine haben einen Panzerangriff auf den Kuibyschewskij-Bezirk von Donezk gestartet, es gibt Zerstörungen**

Ukrainische Militärs feuerten acht Schüsse aus einem Panzer auf den Kuibyschewskij-Bezirk von Donezk ab.

Der Angriff wurde am Freitagabend von den Stellungen der Streitkräfte der Ukraine im Gebiet der Siedlung Perwomajskoje ausgeführt, berichtet die Vertretung der DVR in der GZKK.

"Siedlung Perwomajskoje - Donezk (Kuibyschewskij-Bezirk): 8 Schüsse wurden aus einem Panzer abgefeuert", heißt es in der Mitteilung.

Zuvor feuerten die Streitkräfte der Ukraine drei Granaten aus dem Dorf Peski ab, die auch im Kuibyschewskij-Bezirk explodierten.

Als Folge eines direkten Treffers ukrainischer Munition in einem Wohnhaus im Marschall-Schukow-Prospekt 15 gingen der siebte, achte und neunte Stock Feuer, berichtete die DVR-Vertretung im GZKK.



https://novorosinform.org/content/images/75/63/47563_720x405.jpg

21:20 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Lissitschansk von Süden her blockiert**

Einer Gruppe von Militärangehörigen der russischen Militäreinheit "Zentr" soll es gelungen sein, die von den ukrainischen Truppen gut vorbereitete Verteidigung südlich der Stadt Lissitschansk zu durchbrechen. Dies gab das russische Verteidigungsministerium bekannt. Nun sei die Stadt in der LVR von Süden her blockiert, hieß es weiter.

Zuvor hatte das Nachrichtenportal WarGonzo unter Berufung auf eigene Quellen berichtet, dass "alliierte Streitkräfte in Lissitschansk einmarschiert sind". Die Kämpfe hätten sich demnach am Rande der Stadt ereignet.

Außerdem erklärte der tschetschenische Staatschef Ramsan Kadyrow, dass fast alle Siedlungen im Umkreis von Lissitschansk "entweder bereits von den Nazis befreit oder [von den russischen Truppen] eingekesselt" seien.

22:32 (21:32) novorosinform.org: **Kind stirbt nach ukrainischem Beschuss in Donezk**

Ein Kind, das durch den ukrainischen Beschuss des Petrowskij-Bezirks der Hauptstadt der DVR verletzt wurde, starb im Krankenhaus.

Zuvor wurde berichtet, dass ukrainische Truppen am Freitagnachmittag 4 Granaten mit einem Kaliber von 122 mm auf den Petrowskij-Bezirk von Donezk abgefeuert haben. Dabei starb eine Frau und ein Kind wurde verletzt.

Leider war es nach Angaben des Hauptquartiers der Territorialverteidigung der DVR nicht möglich, das Kind zu retten.

„Ein Kind, das infolge des Beschusses der BFU im Petrowskij-Bezirk von Donezk verletzt wurde, starb im Krankenhaus“, heißt es in der Mitteilung.

Der Verstorbene war 13 Jahre alt, teilte die Repräsentanz der DVR im GZKK mit.

21:40 de.rt.com: **Von der Leyen ruft zum Energiesparen auf: Heizung zwei Grad runter**

Angesichts drohender Gas-Engpässe hat EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen (CDU) die europäischen Verbraucher erneut zum Energiesparen aufgefordert. Wenn man die Heiztemperatur in der gesamten EU nur um zwei Grad senke und die von Klimaanlage um zwei Grad erhöhe, könne man die gesamten Lieferungen der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 einsparen, sagte die deutsche Politikerin am Freitag nach einem EU-Gipfel in Brüssel.

Wie sie dies berechnet hat und welche bisher übliche Zimmertemperatur die europäischen Haushalte um zwei Grad reduzieren müssen, erklärte von der Leyen indes nicht.

Zuvor hatte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) angesichts der drohenden Engpässe bereits die Alarmstufe im Notfallplan Gas ausgerufen. Auch er warb dafür, Energie zu sparen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6080948fbef7f7c647f56.jpg>

22:15 de.rt.com: **Russischer Militärexperte zum Abbruch der Kiew-Offensive**

"Wir werden Kiew später einnehmen, zuerst aber Nikolajew und Odessa", so [Michail Chodarjonok](#), Oberst im Ruhestand im Generalstab der russischen Streitkräfte.

Ihm zufolge gibt es jetzt wichtigere Aufgaben als die Erstürmung Kiews. Dabei handelt sich um die Herstellung eines Landkorridors nach Transnistrien über Odessa und Nikolajew. Für eben diese Operation soll laut Chodorjonok ein neuer Kommandeur der Luftlandtruppen ernannt worden sein.

Zu den Gründen des Abzugs der russischen Truppen aus der Umgebung Kiews Ende März sagte der Generalstabsoffizier:

"Der Einsatz der Luftlandetruppen bei Kiew und die Erstürmung des Flugplatzes Gostomel zu Beginn der Militäroperation war ein Ablenkungsmanöver, damit die ukrainischen Streitkräfte nicht so schnell Reserven in den Donbass verlegen konnten. Derartige Manöver sind jetzt nicht mehr nötig, die gesamte militärische Infrastruktur in der Ukraine ist zerstört. Die wichtigsten Gebiete für die Russische Föderation sind derzeit der Donbass, Saporoschschje, die Region Nikolajew und Transnistrien."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b613beb480cc7ac40512ee.jpg>

Russische Luftlandetruppen am 12. März 2022 auf dem Flugplatz Gostomel westlich von Kiew

22:23 de.rt.com: **Medienberichte: US-Senat unterstützt Einstufung Russlands als "Sponsor des Terrorismus"**

Wie Bloomberg berichtet, will der US-Senat die Idee unterstützen, Russland als Sponsor des Terrorismus einzustufen. Die Entscheidung wurde aufgrund der speziellen Militäroperation in der Ukraine getroffen. Diesen Status haben derzeit Iran, Syrien, Nordkorea und Kuba. Das US Senate Committee on Foreign Relations (Komitee des US-Senats für auswärtige Beziehungen) sei bereit, US-Außenminister Antony Blinken vorzuschlagen, Russland wegen der speziellen Militäroperation in der Ukraine zu einem sogenannten Sponsor des Terrorismus zu erklären. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg.

Diesen Status haben derzeit Iran, Syrien, Nordkorea und Kuba. Berichten zufolge wird erwartet, dass beide Häuser des US-Kongresses das entsprechende Gesetz verabschieden, das dann von US-Präsident Joe Biden unterzeichnet werden muss.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Jim Risch, sagte in diesem Zusammenhang, dass das Vorgehen Russlands es zu einem "Tyranen" und einem staatlichen Sponsor des Terrorismus mache, weil Moskau in ein Land einmarschiert sei, das in Bezug auf Größe, Bevölkerung und militärische Stärke kleiner war.

Anfang Mai hatten die US-Senatoren Lindsey Graham und Richard Blumenthal eine Resolution in den US-Senat eingebracht, in der sie bestätigt hatten, dass der US-Senat das Vorgehen der russischen Regierung auf Geheiß von Präsident Wladimir Putin als Unterstützung terroristischer Handlungen betrachtet. Graham kommentierte seinen Antrag mit den Worten:

"Putin ist ein Schläger und Tyrann, und er wird weiterhin eine wachsende Bedrohung für Europa und die Welt darstellen, wenn er nicht gestoppt wird. Wenn es jemanden gibt, der Terrorismus, Totalitarismus und Tyrannei verkörpert, dann ist es Putin."

Seinerseits sagte Konstantin Kossatschew, stellvertretender Sprecher des russischen Föderationsrates, die USA sollten bei der Suche nach Ländern, die den Terrorismus sponsern,

in erster Linie an sich selbst denken. Er erklärte:

"Das Land, das Geld, Waffen und Medienfreigabe an diejenigen liefert, die seit acht Jahren die Zivilbevölkerung des Donbass töten und Terroranschläge gegen politische Gegner in Gang setzen, sollte eines Tages auf der Suche nach den Terrorismus fördernden Staaten nur in den Spiegel schauen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b60aec48fbef0a9e39a861.jpg>

22:45 de.rt.com: **Russisches Militär: Kiew bereitet Provokation in Odessa nahe Friedhof der Pestopfer vor**

Kiew bereite eine Provokation auf dem Friedhof der Pestopfer aus dem 19. Jahrhundert in Odessa vor, wo Geschütze und Raketenwerfer stationiert seien, so Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Verteidigungsmanagementzentrums Russlands. Wörtlich hieß es:

"Es wurde zuverlässig festgestellt, dass die Spezialisten des 83. Zentrums für Information und psychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte eine weitere zynische Provokation vorbereiten, um die russischen Streitkräfte zu beschuldigen, potenziell gefährliche Objekte anzugreifen, was zu Hunderten von zivilen Opfern in Odessa führen könnte."

Der Leiter des Zentrums für Verteidigungsmanagement wies darauf hin, dass Kiew im Falle eines Angriffs russischer Truppen auf die ukrainische Ausrüstung in diesem Gebiet die Absicht habe, in den Medien Informationen über die Zerstörung von Grabstätten und die Entstehung einer biologischen Gefahr in Odessa zu verbreiten, die angeblich auf die Schuld Moskaus zurückzuführen sei.

4:30 (3:30) rusvesna.su: **Alle europäischen Länder, mit Ausnahme von Russland und Weißrussland, werden in die neue europäische politische Gemeinschaft eingeladen**

Im Rahmen einer künftigen europäischen politischen Gemeinschaft ist geplant, alle europäischen Länder, mit Ausnahme von Weißrussland und Russland, in die EU einzuladen. Einschließlich Einladung und Ukraine.

Das erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron nach dem EU-Gipfel in Brüssel. Er sagte, dass Länder von Island bis zur Ukraine in die Gemeinschaft eingeladen würden.

„Die EU-Erweiterung ist ein Prozess, der es uns aufgrund seines Tempos und seiner Dauer nicht erlaubt, alles zu lösen, was wir in Europa brauchen.“

Und wir wollen, dass dieser neue Ansatz alle, von der Ukraine bis Island, in die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, Energie, Infrastruktur, Gesundheit und wirtschaftliche Solidarität einbindet“, sagte Macron.

4:32 Telegram-Kanal Readovka: **"Entkolonialisierung" - Die US-Regierung hat Diskussionen über die Idee einer Teilung Russlands eingeleitet**

Die US-Regierung hat eine Diskussion über die "moralische und strategische" Notwendigkeit

der Teilung Russlands in mehrere separate Staaten angestoßen. Bei der Kommission der US-Regierung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa habe ein Briefing zur „Entkolonialisierung Russlands“ stattgefunden, [schreibt Niccolo Soldo](#) im Artikel „Delirium about Russia“ auf dem Portal Substack.

Soldo schreibt, er habe eine E-Mail-Einladung zur Teilnahme an einem Online-Briefing mit dem Titel „Russlands Entkolonialisierung: Ein moralischer und strategischer Imperativ“ erhalten, das von der von der US-Regierung kontrollierten Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, auch bekannt als Helsinki-Kommission, veranstaltet wird. Laut dem vom Autor zitierten Text der Ankündigung „ist es an der Zeit zu berücksichtigen, dass Moskau seine Herrschaft über viele indigene nichtrussische Völker innerhalb der Grenzen seines Staates behält. Es ist an der Zeit zu sehen, mit welcher Grausamkeit der Kreml ihre nationale Selbstdarstellung und Selbstbestimmung unterdrückt.“ Daher „findet derzeit eine ernsthafte, inklusive Diskussion darüber statt, wie man mit Russlands angeborenem Imperialismus umgehen sollte“. Russlands Aggressivität habe eine längst überfällige Diskussion darüber entfacht, wie Russland '„entkolonialisiert“ werden könne, da es „der Rechtsnachfolger der Sowjetunion ist, die ihre kolonialen Ambitionen hinter einer antiimperialen und antikapitalistischen Rhetorik versteckt hat“. Wie Soldo feststellte, geht es um die „dringende Notwendigkeit“ der Teilung Russlands, und die Gründe dafür seien rein „moralisch und strategisch“.

Der Artikel betont, dass US-Vertreter zu Beginn der Sonderoperation in der Ukraine erklärten, ihr Ziel sei es, Russland im Operationsgebiet zu schwächen, aber dann kündigte das Außenministerium die „Notwendigkeit eines Regimewechsels“ an, damit die Russen Teil der Länder der "freien Welt" werden könnten - derenigen, die Amerika gehorchten. Nun, schreibt Soldo, sei die US-Politik mit der aktuellen Idee der „Entkolonialisierung“ noch weiter gegangen. Tatsächlich sagen die USA den Russen offen, dass Machtwechsel und Demokratisierung als Strafe nicht mehr ausreichen. Die Teilnehmer der Konferenz fordern, dass Russland in mehrere kleine Staaten aufgeteilt wird, damit die USA sie leichter kontrollieren können.

Laut Soldo liege das Genie der Vereinigten Staaten in der unglaublichen Leichtigkeit, sich jegliche Trends anzueignen und Vorteile daraus zu ziehen: Im Trend der politischen Korrektheit erhielt der Prozess der Zerschlagung und Einverleibung des Territoriums eines souveränen Staates einen neuen progressiven Namen – Entkolonisierung.

Die USA bedienen sich linker Terminologie jedoch nicht nur als Trick, im Gegenteil, so Soldo, amerikanische Politiker würden inzwischen selbst fanatisch daran glazben. Ihm zufolge befindet sich der Großteil der amerikanischen Außenpolitik-Elite in einem gefährlichen Allmachtswahn und hält sich für ewige Gewinner, auch wenn dies nicht durch Fakten gestützt wird.



One of the many maps drawn up by fantasists who dream of partitioning Russia into a collection of smaller independent states

https://substackcdn.com/image/fetch/w_1456,c_limit,f_webp,q_auto:good,fl_progressive:steep/https%3A%2F%2Fbucketeer-e05bbc84-baa3-437e-9518-adb32be77984.s3.amazonaws.com%2Fpublic%2Fimages%2F7490f0ae-f89a-4b14-9074-c08ac3c51111_636x392.png

vormittags:

8:04 de.rt.com: **Russland evakuiert mehr als 27.000 Menschen aus gefährlichen Zonen in Ukraine und Donbass-Republiken**

Der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, hat auf seinem Pressebriefing am Freitagabend mitgeteilt, dass Menschen aus gefährlichen Zonen in der Ukraine und den Donbass-Republiken weiterhin nach Russland evakuiert würden. Allein am Donnerstag seien ohne Unterstützung der Kiewer Behörden 27.011 Menschen, 3.835 davon Kinder, in Sicherheit gebracht worden. Misinzew zufolge seien seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar fast 2,1 Millionen Menschen, darunter fast 330.000 Minderjährige, nach Russland evakuiert worden.

Der hochrangige Militär berichtete außerdem über fünf humanitäre Aktionen in der Volksrepublik Donezk sowie in den ukrainischen Gebieten Saporoschje, Charkow und Cherson. Am Freitag habe man dort 417 Tonnen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs an die Bevölkerung verteilt. Seit dem 2. März 2022 habe Russland 35.908,7 Tonnen humanitäre Hilfe an die Ukraine geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b69c1d48fbef1da45a1e40.jpg>
Einwohner von Sewerodonezk werden von Angehörigen der Lugansker Volksmiliz aus der Stadt evakuiert, 21. Juni 2022

8:32 de.rt.com: **Terrorgefahr im russischen Grenzgebiet Belgorod weiterhin auf Alarmstufe Gelb**

Der Gouverneur des russischen Grenzgebiets Belgorod, Gennadi Gladkow, hat die Terrorwarnung in der Region bis zum 9. Juli verlängert. Die Alarmstufe Gelb bleibe bis dahin bestehen. Der Politiker bedankte sich bei den Sicherheitsbehörden für den Schutz des Gebiets "im schwierigen Moment". Zugleich rief er die Bewohner auf, Wachsamkeit walten zu lassen. Man müsse aufpassen, was draußen und in verwehrten Häusern passiere. Man müsse darauf achten, wer anreise und wie sich die jeweilige Person verhalte.

"Aber ich bin mir sicher, dass wir zusammen jede Not bewältigen."

Seit dem 24. Februar werden Grenzzonen im russischen Gebiet Belgorod immer wieder aus der Ukraine angegriffen. Seitdem sind dort 359 Häuser und 112 Autos zu Schaden gekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6a1e148fbef1eeb35b3be.jpg>
Ein Geschoss im Garten vor einem Haus im Dorf Solochi im Gebiet Belgorod, 18. Mai 2022

9:00 Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 25.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

50 Mann;
9 Schützenpanzerwagen;
5 Fahrzeuge.

45 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Die Volksmiliz befreit weiter das von Kiew besetzte Territorium. Einheiten der Volksmiliz haben Gorskoje vollständig befreit.

Die Volksmiliz der LVR ruft die ukrainischen Soldaten auf, die Waffen niederzulegen, zu diesem Zweck werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 3 Raketen mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ auf Stachanow, Brjanka und Teplitschnoje abgefeuert.

Durch Beschuss

- wurde in Teplitschnoje **eine Frau, geb. 1984, verletzt**, ein Wohnhaus wurde zerstört und 28 beschädigt;

- wurden in Brjanka 2 Wohnhäuser zerstört und 25 beschädigt, außerdem eine Niedrigdruckgasleitung;

- wurden in Stachanow 15 Wohnhäuser und eine Stromleitung beschädigt.

Informationen über Schäden und Verletzte werden noch genauer ermittelt.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe und evakuiert die Zivilbevölkerung aus den Kampfzonen.

10:29 (9:29) novorosinform.org: **USA und EU sehen sich unerwarteten Folgen von Sanktionen gegen Russland gegenüber – Medien**

Washington und seine europäischen Partner erlebten nach der Einführung antirussischer Sanktionen „Enttäuschung und Schmerz“, schreibt die New York Times.

Die Volkswirtschaften der westlichen Länder erwiesen sich als anfälliger als von ihren Regierungen erwartet, schreibt die Zeitung. So sind in den USA und Europa die Energiepreise nach der Einstellung oder Verringerung der Einfuhren von russischem Öl stark gestiegen.

Gleichzeitig steigen Russlands Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas trotz des Sanktionsdrucks. Die Autoren des Artikels prognostizieren auch, dass die Republikanische Partei bei den Zwischenwahlen zum Kongress von den steigenden Lebenshaltungskosten in den USA „profitieren“ werde.



https://novorosinform.org/content/images/75/67/47567_720x405.jpg

9:30 Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.6.22 um 10:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 180 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**. Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 4 Zivilisten, leider starb der 13jährige Junge, der beim Beschuss des Petrowskij-Bezirks von Donezk am 24. Juni schwer verletzt worden war, außerdem wurden 2 Menschen verletzt**. 9 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Haubitzen M-777, ein Panzer und ein Lastwagen. 3 Feuerstellungen des Feindes in den Gebieten von Awdejewka, Kamyschewka und Perwomajskoje wurden beseitigt.

10:31 de.rt.com: **Giffey telefoniert mit Deepfake-Klitschko: Staatsschutz ermittelt**

Berlins Regierende Bürgermeisterin ist Opfer eines sogenannten Deepfake geworden. Ein von Berlin lang geplantes Gespräch mit dem Bürgermeister von Kiew wurde wohl von einem Betrüger angenommen. Erst als der anfang, seltsame Fragen zu stellen, flog die Sache auf. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) ist bei einem vermeintlichen Videotelefonat mit dem Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko am Freitagnachmittag offenbar Opfer eines Betrügers geworden. "Der Verlauf des Gesprächs und die Themensetzung haben auf Berliner Seite ein Misstrauen hervorgerufen. Das Gespräch wurde vorzeitig abgebrochen", erklärte die Pressestelle der Senatskanzlei am Freitagabend über [Twitter](#).



<https://pbs.twimg.com/media/FWCbhJWXkAA7vif?format=jpg&name=900x900>

Eigentlich sollte es ein ganz normales Gespräch werden. In der Videoschleife zwischen den beiden Bürgermeistern, die laut Angaben der Berliner Senatskanzlei bereits vor mehreren Wochen anberaumt wurde, sollte es inhaltlich ursprünglich um die Zusammenarbeit zwischen Berlin und der ukrainischen Hauptstadt Kiew gehen. Geplant war ein Gespräch über 30 Minuten am Freitag um 17 Uhr. Dabei habe die vertrauliche Videokonferenz, an der auch Mitarbeiter der Senatskanzlei teilnahmen, zunächst unauffällig begonnen, sagte die Sprecherin der Senatskanzlei, Lisa Frerichs, die bei dem Gespräch dabei war:

"Der vermeintliche Herr Klitschko hat gefragt, wie es uns mit den vielen ukrainischen Flüchtlingen geht, wie wir damit umgehen, wie die Zahlen sind, ein ganz normales Gespräch, wie wir es erwartet hatten."

Es habe keine Hinweise darauf gegeben, nicht mit einer realen Person zu sprechen, so die Sprecherin weiter. "Es saß uns jemand gegenüber, der genau so aussah wie Vitali Klitschko, der sich so bewegt hat." Die Person habe Russisch gesprochen und ihre Aussagen seien übersetzt worden. Demnach sei die erste Viertelstunde des Gesprächs auch völlig unauffällig gewesen, sagte Frerichs. "Die Person fragte, wie viele Menschen Berlin aufgenommen habe, wie viel Geld die Unterstützung koste, ob die Stadt mit der Herausforderung klarkomme – erwartbare Fragen also", ergänzte die Sprecherin. Doch dann kam die Wende:

"Es ging einmal darum, dass er sich auf ein angebliches Gespräch mit Botschafter Melnyk bezogen und gefragt hat, wie wir das sehen, dass so viele Ukrainerinnen und Ukrainer sich Sozialleistungen in Berlin erschleichen wollten."

Das habe Giffey misstrauisch gemacht. Darauf hin habe der vermeintliche Klitschko die Frage gestellt, "ob Berlin darauf einwirken könne, dass ukrainische Männer aus Deutschland in die Heimat zurückkehren könnten, um dort zu kämpfen", so Frerichs. Die seltsame Frage habe den Verdacht, es mit einem Betrüger zu tun zu haben, verdichtet. Das letzte Thema sei dann noch auffälliger gewesen: "Er hat gefragt, ob wir Kiew beratend unterstützen könnten, eine Art CSD (Christopher Street Day) auszurichten. Das war angesichts des Krieges schon mehr als seltsam." Die Verbindung sei laut Frerichs dann beendet worden oder abgebrochen: "Möglicherweise war dem Gegenüber klar, was wir vermuteten."

In der Senatskanzlei gehe man deshalb davon aus, dass es sich um einen sogenannten Deepfake handeln könnte, also um Bilder, die mittels Künstlicher Intelligenz manipuliert worden sind. Franziska Giffey habe im Anschluss Andrei Melnyk, den ukrainischen Botschafter in Deutschland, kontaktiert. Dieser brachte endgültig Klarheit: Das Gespräch mit Klitschko war ein Fake. Melnyk habe über einen Anruf in Kiew bestätigen lassen, dass der echte Vitali Klitschko am Freitag an keiner Videoschleife mit der Regierenden Bürgermeisterin beteiligt gewesen sei, so die Sprecherin weiter.

"Es gehört leider zur Realität, dass der Krieg mit allen Mitteln geführt wird – auch im Netz, um mit digitalen Methoden das Vertrauen zu untergraben und Partner und Verbündete der Ukraine zu diskreditieren", erläuterte Giffey laut Senatskanzlei. Mit welchen technischen Mitteln genau die Täuschung zustande kommen konnte, ist noch unklar. Nun sei der Staatsschutz eingeschaltet. Inzwischen äußerte sich Vitali Klitschko selbst zu dem Vorfall. "Ich hoffe, dass wir bald über meine offiziellen Kanäle telefonieren können", so der ehemalige Profiboxer gegenüber der „Bild“ in Bezug auf Giffey. Er fügte hinzu: "Ich brauche dann auch keine Übersetzer."

Doch war Giffey offenbar nicht die Einzige, die auf den Deepfake-Klitschko hereinfiel. Auch der Bürgermeister von Madrid, José Luis Martínez-Almeida, wurde bei einem Videotelefonat mit dem angeblichen Bürgermeister Klitschko schnell misstrauisch und brach das Gespräch ab, wie der Sprecher der Stadtverwaltung mitteilte. Es sei Anzeige gegen Unbekannt wegen Vorspiegelung einer falschen Identität erstattet und das Bürgermeisteramt in Kiew informiert worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b6a88eb480cc76c040a044.jpg>

11:35 (10:35) novorosinform.org: **Wolodin riet den Ukrainern, Lehrbücher der russischen Sprache nicht wegzwerfen**

Der Vorsitzende der Staatsduma der Russischen Föderation Wjatscheslaw Wolodin sprach von einer neuen Welle der Russophobie in der Ukraine.

Er stellte fest, dass ukrainische Beamte gegen die russische Sprache kämpften. Wolodin nannte die Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten der Bürger, die ihre Muttersprache sprechen und lernen wollen, eine der Aufgaben der Sonderoperation. Er fügte hinzu, dass ukrainische Beamte für die Verletzung der Rechte dieser Menschen zur Rechenschaft gezogen werden sollten.

Der Sprecher der Staatsduma riet den Menschen in der Ukraine auch, Lehrbücher der russischen Sprache nicht wegzwerfen.

„Warten Sie ab, lassen Sie sie bis zum 1. September liegen, damit Sie später nicht danach suchen müssen“, schrieb Wolodin in seinem Telegram-Kanal.

Früher wurde berichtet, dass in der Ukraine russische Musik im öffentlichen Raum verboten sei. Der stellvertretende Minister für Bildung und Wissenschaft der Ukraine, Andrej Witrenko, forderte auch den Ausschluss der Werke russischer Schriftsteller aus den Bildungsprogrammen von Schulen und Universitäten, weil sie "für Ukrainer schwierig" seien.



https://novorosinform.org/content/images/75/69/47569_720x405.jpg

10:36 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet vier tote Zivilisten durch Angriffe aus Ukraine**

Die Behörden in Donezk haben binnen der letzten 24 Stunden 30 Angriffe der ukrainischen Streitkräfte registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 169 Geschosse abgefeuert. Das ukrainische Militär setzte Raketen vom Typ Uragan und Grad, sowie 152-, 122- und 120-Millimeter-Geschosse ein. Dabei kamen vier Zivilisten ums Leben,

unter ihnen ein Minderjähriger. Mindestens zwei Zivilisten erlitten Verletzungen. Durch die ukrainischen Angriffe wurden insgesamt neun Häuser in zwei Bezirken von Donezk sowie in Makejewka, Gorlowka und Signalnoje beschädigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6af51b480cc1f4e3335a7.jpg>

11:00 de.rt.com: **Ukraine meldet russische Raketenangriffe aus Weißrussland**

Nach Angaben aus Kiew hat Moskau am Samstag mehrere ukrainische Regionen mit Raketen unter Beschuss genommen. Demnach wurden Einschläge in den Gebieten Chmelnyzki, Lwow, Nikolajew, Schitomir und Tschernigow registriert. Allein in der Umgebung von Schitomir sollen nach Angaben von Bürgermeister Sergei Suchomlin 24 Raketen eingeschlagen sein. Dem ukrainischen Generalstab zufolge soll Russland die Raketen auf Schitomir und Tschernigow von Weißrussland aus abgefeuert haben.

12:30 (11:30) **novorosinform.org: Der Ukraine-Konflikt wird durch Verhandlungen beendet – Stoltenberg**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte, die Ukraine-Krise werde am Verhandlungstisch gelöst.

Das Bündnis solle die starke Position der Ukraine sichern und ihr helfen, "souverän und unabhängig" zu bleiben, sagte Stoltenberg in einem Interview mit der spanischen Zeitung "El País". Er wies darauf hin, dass es dazu notwendig sei, Kiew weiterhin militärisch und wirtschaftlich zu unterstützen.

Gleichzeitig bemerkte der Journalist der Zeitung, dass das Aufpumpen der Ukraine mit Waffen Selenskij dazu dränge, den Konflikt zu eskalieren. Stoltenberg antwortete, indem er sagte, dass die NATO den Kiewer Behörden helfe, weil sie darum bitten.

Stoltenberg bemerkte auch, dass es keinen „totalen Krieg“ zwischen der Nordatlantischen Allianz und Russland gebe. Gleichzeitig hob er die Notwendigkeit hervor, harte Sanktionen gegen Moskau einzuführen.



https://novorosinform.org/content/images/75/71/47571_720x405.jpg

11:32 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Etwa 80 polnische Söldner bei Raketenangriff getötet**

Bei seinem Pressebriefing am Samstagvormittag hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, über signifikante Verluste der ukrainischen Streitkräfte im Laufe der russischen Sonderoperation berichtet. So seien bei einem Präzisionsschlag auf das Zinkwerk Megatex in der Ortschaft Konstantinowka bis zu 80 polnische Söldner getötet worden. Außerdem seien dabei 20 Panzerfahrzeuge und acht Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad zerstört worden. In der Nähe der Stadt Nikolajew seien in den letzten 24 Stunden mehr als 300 ukrainische Armeeangehörige und ausländische Söldner ums Leben gekommen. Bei Luft-, Raketen- und Artillerieangriffen seien den Angaben zufolge mehr als 780 ukrainische Nationalisten getötet worden.

Konaschenkow berichtete zudem vom Einsatz der russischen Flugabwehr. So seien in den vergangenen 24 Stunden im Himmel über der Volksrepublik Lugansk, den ukrainischen Gebieten Charkow, Dnepropetrowsk und Cherson sowie in der Nähe der Schlangeninsel 21 ukrainische Drohnen abgeschossen worden. Nahe der Ortschaft Mododjoschnoje im Gebiet Cherson sei darüber hinaus eine Rakete vom Typ Toschka-U abgefangen worden.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der russischen Sonderoperation am 24. Februar 213 Flugzeuge, 132 Hubschrauber, 1.355 Drohnen, 350 Flugabwehrraketekomplexe, 3.797 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 670 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.012 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6d4abb480cc7bcb088c95.jp>

g

nachmittags:

12:14 de.rt.com: **Roskosmos-Chef Rogosin: Litauens Handlungen stellen Grenzvertrag mit Russland infrage**

Wegen der Beschränkung des Transits in die russische Ostsee-Exklave Kaliningrad hat der Leiter der russischen Raumfahrtorganisation Roskosmos, Dmitri Rogosin, die Meinung geäußert, dass der russisch-litauische Grenzvertrag durch die Handlungen von Vilnius infrage gestellt werde. In einem Interview für den Fernsehsender Rossija-24 sagte er, dass das baltische EU-Land momentan die Vereinbarung mit Füßen trete, die im Jahr 2003 eine kolossale Spannung zwischen Russland und der EU entschärft hatte. Als Mensch, der damals diese Verhandlungen geführt habe, finde er, dass Litauen jetzt das gesamte Dokumentenpaket infrage gestellt habe.

"Im Grunde genommen hat Litauen damit seine eigenen Grenzen in Frage gestellt."

Der ungehinderte Transit sei Bedingung dafür, dass Russland die Grenzen der ehemaligen Sowjetrepublik Litauen anerkenne. Litauen habe sich damit nicht nur ins eigene Bein, sondern in den Kopf geschossen, erklärte Rogosin.

Das EU- und NATO-Land hatte vor einer Woche den Transit von Waren gestoppt, die auf der Sanktionsliste der EU stehen. Nach Angaben des Gouverneurs von Kaliningrad, Anton Alichanow, sind davon 40 bis 50 Prozent des Transits aus Russland in die Ostsee-Exklave betroffen. Unter anderem dürfen nun keine Baumaterialien und Metalle mehr auf dem Landweg in das russische Gebiet gebracht werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6bac1b480cc784f69ef8e.jpg>

12:25 de.rt.com: **"Wir durften kein Russisch sprechen": Wie Polizisten in Mariupol nach der Befreiung arbeiten**

Sie leisten nun Dienst für einen anderen Staat – die Polizisten der Stadt Mariupol in der Donezker Volksrepublik. Wie ihnen das gelingt und welche Erinnerung sie an die Ukraine haben, davon erzählen RT-Korrespondenten, die die Polizei bei deren Arbeit begleitet haben. Die Menschen im befreiten Mariupol kehren ins zivile Leben zurück: Beschädigte Häuser werden repariert; Krankenhäuser, Schulen und kommunale Einrichtungen – einschließlich der Polizei-Dienststellen – werden wiedereröffnet. Auch viele ukrainische Polizisten sind unter der Leitung des Innenministeriums der Donezker Volksrepublik (DVR) an ihren Arbeitsplatz

zurückgekehrt. RT sprach mit mehreren Mitgliedern der Polizeibehörde des Bezirks Primorskij von Mariupol, um herauszufinden, was sich seit der Befreiung der Stadt in deren Arbeit verändert hat.

Neben anderen Dienststellen hat auch die Polizei von Primorskij ihre Arbeit wiederaufgenommen. Die Beamten haben noch nicht einmal ein eigenes Gebäude, weil das alte während des Beschusses schwer beschädigt wurde. Es gibt keine Computer mehr. Die Polizeibeamten befinden sich in der Lobby eines nahe gelegenen Hotels und direkt auf der Veranda, wo sie die Beschwerden von Bürgern entgegennehmen.

Tatjana Klus, die 20 Jahre lang in der Polizeistation von Mariupol gearbeitet hat, zeigt das beschädigte Gebäude: zerbrochene Fenster und klaffende Löcher in den Wänden.

Polizeistation Mariupol

"Seit März war das Asow-Bataillon in dem Gebäude stationiert, sodass dieses Gebäude gestürmt und mit Granaten beschossen wurde. Jetzt kann es kaum wiederhergestellt werden", seufzt die RT-Gesprächspartnerin.

Neben der Polizeiwache befand sich das Hauptquartier des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU, aus dem jedoch alle Mitarbeiter evakuiert wurden, als die militärische Sonderoperation begann, und das bis vor Kurzem leer stand. Jetzt hat sich hier ein Krankenhaus des Innenministeriums der Donezker Volksrepublik einquartiert.

Tatjana erinnert sich, wie die ukrainischen Behörden ihr und anderen Polizeibeamten noch vor der Befreiung von Mariupol rieten, die Stadt zu verlassen, und sie einschüchterten. Doch die Frau und ihr Mann wollten ihre Heimatstadt nicht verlassen. Sie sagt:

"Uns wurde gesagt, dass wir als Strafverfolgungsbeamte in eine Art Datenbank aufgenommen würden und dass wir angeblich alle verhaftet werden könnten, weil wir die Donezker Volksrepublik nicht unterstützen. Oder sie würden uns die Kehle durchschneiden – so lauteten die Gerüchte."

Die Zweifel wurden zerstreut, als Fachleute des DVR-Innenministeriums, die in der Stadt eingetroffen waren, die ehemaligen ukrainischen Polizisten zu einem Treffen einluden.

Tatjana zufolge wurden sie sehr gut aufgenommen und es wurde ihnen angeboten, wieder beim Polizeidienst einzusteigen. Die Frau stimmte zu.

"All die Schreckensmythen, mit denen sie uns jahrelang Angst eingejagt hatten – über das Gefängnis, über das Aufschlitzen unserer Kehlen –, all das wurde sofort zerstreut. Wir wurden weder strafrechtlich belangt noch in irgendeiner Weise gefoltert. Wir sind freiwillig hierhergekommen. Ich möchte hier weiterarbeiten, um den Einwohnern von Mariupol bei der Verbrechensbekämpfung zu helfen", erklärt Tatjana.

"Die russische Sprache wurde verboten"

Tatjana Klus sagt gegenüber RT, dass die Situation in der Stadt in den letzten acht Jahren angespannt gewesen sei – die Menschen, einschließlich der Angestellten der städtischen Einrichtungen, seien beispielsweise gezwungen gewesen, nur Ukrainisch zu sprechen. Alle Unterlagen seien auf Ukrainisch erstellt worden, was den russischsprachigen Einwohnern von Mariupol große Schwierigkeiten bereitet habe, beklagt sie.

"Uns wurde verboten, Russisch zu sprechen, obwohl wir eine russischsprachige Region sind", sagt Tatjana empört.

"Unsere Mütter haben mit uns Russisch gesprochen. Aber wir mussten auch mit den Bürgern auf Ukrainisch kommunizieren, Sitzungen abhalten und Interviews geben – ausschließlich auf Ukrainisch. Es war sehr hart."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6f46248fbef205e2a02c4.PNG>

Tatjana Klus

Ein ehemaliger Mitarbeiter derselben Abteilung in Primorskij, Alexei Turbin, beschwerte sich gegenüber RT ebenfalls über die Zwangsuukrainisierung. Aufgrund der Situation in der Ukraine und insbesondere des Verbots der russischen Sprache verließ er 2017 nach fast 20 Dienstjahren den Polizeidienst. Nach der Befreiung der Stadt wollte Alexei zu seinem alten Posten zurückkehren.

Ihm zufolge haben viele ukrainische Polizeibeamten dasselbe getan. Jetzt ist etwa die Hälfte der Polizeibeamten in seiner Abteilung aus Donezk und Makejewka abgeordnet, der Rest sind Alexeis ehemalige Kollegen aus Mariupol.

"Ich habe acht Jahre lang nicht mehr bei der Polizei gearbeitet, und es mag zwar lächerlich klingen, aber ich habe mich am 23. Februar dieses Jahres entschlossen zurückzukehren (ein Tag vor Beginn der russischen Militäroperation – Anm. der Red.). Viele Rentner kommen jetzt zurück, am 15. Mai gab es eine Aufstellung – es gab eine nicht enden wollende Umarmung, die eine halbe Stunde gedauert hat, weil man Leute trifft, die man seit mehreren Jahren nicht mehr gesehen und mit denen man früher gearbeitet hat. Es war schön zu sehen, dass alle am Leben sind und es ihnen gut geht."

"Verstehen Sie, im Herzen sind wir alle Polizisten (der Gesprächspartner nutzt das früher übliche Wort 'Milizionäre' – Anm. der Red.), es ist die gleiche Schule. Wenn man sich umschaute, sind wir alle Bekannte und Freunde. Da die Welt der Polizisten sehr klein ist, kennen sich alle untereinander. Acht Jahre lang waren wir getrennt. Und jetzt wird alles wiederhergestellt", freut sich Turbin.

Plünderer und die Suche nach den Vermissten

Alexei Turbin berichtet gegenüber RT, man werde jetzt hauptsächlich von Menschen um Hilfe gebeten, deren Wohnungen von Plünderern ausgeraubt wurden – viele Häuser in der Stadt seien während des Beschusses beschädigt worden. Fenster und Türen seien zerbrochen, sodass es freien Zugang zu den Räumlichkeiten gegeben habe.

"Soweit möglich, sammeln wir Dokumente für die nummerierten Gegenstände und suchen nach ihnen. Wir suchen auch nach gestohlenen Autos", sagt der RT-Gesprächspartner. "Auch Verwandte, Freunde und Bekannte von vermissten Personen melden sich bei uns. Im Ganzen befasst sich das Katastrophenministerium mit dieser Aufgabe, aber wir leisten den Bürgern Rechtshilfe."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6f388b480cc7bcb088caa.PNG>

Sergei Golowatjuk nimmt Bürger-Anfragen entgegen

Der Korrespondent von RT begleitete Polizeibeamte bei einem dieser Ausflüge. Auf dem Weg dorthin kommen wir an vielen beschädigten Häusern vorbei. Die Wände des Gebäudes, aus dem der Anruf kam, sind mit Einschusslöchern übersät. Spuren des Granateneinschlags sind ebenfalls sichtbar – an einigen Stellen gibt es große Löcher, die in den Trennwänden klaffen. Die Frau, die die Polizei gerufen hatte, kehrte vor Kurzem in ihre Wohnung zurück und musste feststellen, dass weder Fenster noch Türen vorhanden waren und ihr Hab und Gut fehlte.

"Als wir zurückkamen, war (in der Wohnung – RT) nichts mehr da: keine Rahmen, keine Türen. Und der Sohn war weg", erklärte die Anwohnerin der Polizei.

Nach Beginn der Kampfhandlungen verließen viele Bewohner das Haus – überall hingen Zettel mit Telefonnummern an den Türen –, sodass Menschen, die aus ihren Häusern geflohen waren, versuchten, Verwandte und Bekannte zu informieren, dass sie noch am Leben waren. Sergei Golowatjuk, der im Bezirk Primorskij operativen Dienst leistete und nach der Befreiung der Stadt ebenfalls in den Dienst zurückkehrte, erklärte gegenüber RT, dass die Einwohner von Mariupol jetzt hauptsächlich Rat suchen würden – Fernsehen und Radio funktionieren nicht, sodass die Menschen einfach keine Möglichkeit haben, sich rechtlich zu informieren.

"Tagsüber werden wir jetzt von 50 bis 60 Personen angesprochen. Wir erklären den Menschen, wie sie Hilfe bekommen können. Um zum Beispiel humanitäre Hilfe zu erhalten, muss man wissen, wann und wo man sie bekommen kann. Außerdem wissen die Menschen nicht, welche Bescheinigungen sie benötigen, um Renten und andere Zahlungen zu erhalten."

"Als ich die Arbeit meiner Kollegen der Donezker Volksrepublik sah, schien es mir, als könnten sie von der Hilfe der Leute profitieren, die die lokale Mentalität kennen, die wissen, wie die Menschen hier leben. Wir haben die Menschen damals unterstützt und wir unterstützen sie auch heute. Dies ist unsere Stadt, wir kümmern uns um sie", schloss Golowatjuk.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b6edd7b480cc76c040a06f.jpg>
Mariupol, 31.05.2022

13:03 de.rt.com: **Tschetschenien-Chef Kadyrow meldet Einnahme von Chemiewerk und Flughafen in Sewerodonezk**

Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, hat auf Telegram mitgeteilt, dass das Chemiewerk Asot und der Flughafen in der Stadt Sewerodonezk nun unter der Kontrolle des russischen Militärs seien.

"Das Industriegelände von Sewerodonezk und der Flughafen sind völlig befreit."

Kadyrow bedankte sich dafür bei seinem Assistenten Apty Alaudinow, der das zweite Korps der Lugansker Volksmiliz befehligt. Dem Tschetschenien-Chef zufolge seien aus dem Chemiewerk Asot 800 Zivilisten befreit worden. Das Flughafengelände werde momentan gesäubert.

Die russische Armee hatte nach eigenen Angaben am 7. Juni alle Wohnviertel von Sewerodonezk unter ihre Kontrolle gebracht. Im Chemiewerk Asot hatten sich zahlreiche ukrainische Kämpfer verschanzt, die nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums Zivilisten als lebendige Schutzschilde benutzten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6e99cb480cc76c040a06b.jpg>

13:35 de.rt.com: **Medwedew droht Moldawien mit schweren Konsequenzen im Fall von Sanktionen gegen Russland**

Der Vizechef des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat auf eine Frage der russischen Nachrichtenagentur TASS nach dem EU-Kandidatenstatus für Moldawien und dessen Folgen für die ehemalige Sowjetrepublik äußerst scharf geantwortet. Seine Reaktion veröffentlichte der frühere russische Präsident auf Telegram. Dort wies er darauf hin, dass

Moldawien allmählich seine Souveränität verliere. Die Warteschlange der Beitrittskandidaten sei jedoch lang:

"Deswegen wird ein anderes Mittel, die EU-Mitgliedschaft zu erhalten, viel aktueller – die Schaffung des neuen Großrumäniens (România Mare)."

Medwedew amüsierte sich über die erste gemeinsame Sitzung der Parlamente in Chişinău und Bukarest in der Geschichte beider Länder, bei der die Abgeordneten einen Reigen getanzt hatten. Die Folgen könnten laut dem Politiker jedoch alles andere als lustig sein. Die rumänischen Amtsträger aktivierten seit einiger Zeit offen ihre Bemühungen, Moldawien "legal" einzuverleiben. Bukarest halte hochnäsiger die Region zwischen den Flüssen Dnestr und Pruth für seine "vorübergehend abtrünnige Provinz". Dabei sei mehr als die Hälfte der moldawischen Bevölkerung gegen einen Anschluss an Rumänien.

Der Vizechef des russischen Sicherheitsrates verurteilte scharf das Verbot, öffentlich das Georgsband zu tragen, das für den Sieg über den Nazismus stehe, sowie das Sendeverbot für die russischen Medien. Für die einfachen Einwohner der Republik – Moldawier, Russen und Ukrainer – würde ein EU-Beitritt exorbitante Brennstoffpreise und den endgültigen Verlust des russischen Marktes für Obst, Gemüse und Wein aus der ehemaligen Sowjetrepublik bedeuten.

"Indem sie ihren neuen Wirten gefallen wollen, obwohl sie kein EU-Mitglied sind, sind sie bereit, sich den europäischen Sanktionen gegen unser Land anzuschließen. Sollen sie es doch versuchen. Dann können sie sich zu 100 Prozent sicher sein, dass sie von uns gar nichts erhalten: weder 'teure' Energie- noch andere Ressourcen."

Sollte es zu einem Wirrwarr rund um einen Anschluss Moldawiens an Rumänien kommen, sollte man im Auge behalten, dass in Transnistrien ungefähr 220.000 russische Bürger lebten, fügte Medwedew hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b6e447b480cc7bcb088ca1.jpg>

15:22 (14:22) novorosinform.org: **Das Personal eines Bataillons der ukrainischen Territorialverteidigung aus Lwow weigerte sich, in den Donbass zu gehen - russisches Verteidigungsministerium**

Das 64. Territorialverteidigungsbataillon Lwow weigerte sich, in das Kriegsgebiet im Donbass zu reisen, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

Gründe für die Ablehnung seien die Besetzung des Bataillons mit ungeschulten Reservisten sowie der Mangel an schweren Waffen, stellte er fest. Konaschenkow fügte hinzu, dass sich Einheiten der Streitkräfte der Ukraine und der Territorialverteidigung zunehmend weigerten, die vom Kommando gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Er sagte auch, dass am vergangenen Tag mehr als dreihundert ukrainische Militärs und ausländische Söldner in der Region Nikolaew liquidiert worden seien. Außerdem seien 35 Einheiten schwerer Waffen der Streitkräfte der Ukraine zerstört worden.



https://novorosinform.org/content/images/75/77/47577_720x405.jpg

14:34 de.rt.com: **Deutschland zahlt Beitrag für G7-Hilfe an Ukraine**

Deutschland überweist nach eigenen Angaben seinen zugesagten Beitrag von einer Milliarde Euro an die Ukraine. Dabei handelt es sich um einen Anteil an den G7-Finanzhilfen für die Regierung in Kiew.

Die G7-Finanzminister haben bei ihrem Treffen auf dem Petersberg bei Bonn Mitte Mai der Ukraine Hilfen im Wert von über insgesamt 9,5 Milliarden US-Dollar zugesagt, um den Liquiditätsbedarf des Landes für die nächsten Monate zu sichern.

15:52 (14:52) novorosinform.org: **Ukrainischer Geheimdienstchef erklärte, dass die Streitkräfte der Ukraine im August „das Blatt wenden“ könnten**

Laut dem Leiter des Aufklärungsdienstes des Verteidigungsministeriums der Ukraine, Kirill Budanow, könnte Ende des Sommers der "entscheidende Moment" der Konfrontation kommen.

Er sagte, dass „bestimmte Ereignisse“ im August passieren könnten und die ukrainische Armee der Welt zeigen könnte, wozu sie fähig ist. Budanow sprach darüber in einer Sendung des britischen Fernsehsenders itvNews.

Der Leiter des Nachrichtendienstes sagte auch, dass der Rückzug der Streitkräfte der Ukraine im Donbass taktischer Natur sei und die ukrainische Armee in einigen Gebieten sogar Fortschritte mache. Ihm zufolge glaubt Kiew, dass die Ukraine zu den Grenzen von 1991 zurückkehren sollte, und dies werde in naher Zukunft geschehen.



https://novorosinform.org/content/images/75/78/47578_720x405.jpg

15:05 de.rt.com: **Ukrainisches Militär meldet Einsatz von US-Raketensystem gegen russische Stellungen**

Das ukrainische Militär hat nach eigenen Angaben erstmals das von den USA gelieferte Raketensystem HIMARS eingesetzt, um Stellungen des russischen Militärs anzugreifen. "Diese Waffen sind in guten Händen, liebe Amerikaner", [erklärte](#) der ukrainische Generalstab auf Twitter.

Erst am Donnerstag hatte das osteuropäische Land bestätigt, Raketenwerfersysteme vom Typ HIMARS erhalten zu haben. "Der Sommer wird heiß für die russischen Besatzer und für einige von ihnen der letzte", [drohte](#) der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow auf Twitter. Weiter bedankte er sich bei US-Verteidigungsminister Lloyd Austin "für diese mächtigen Werkzeuge" und veröffentlichte dabei Fotos der Raketenwerfer.

Nach US-Angaben wurden vier Systeme geliefert, vier weitere sollen hinzukommen. Die Vereinigten Staaten hatten der Ukraine das Waffensystem Anfang des Monats überraschend in Aussicht gestellt. Die Entscheidung der USA führte dazu, dass nun auch Großbritannien und Deutschland Mehrfachraketenwerfer an die Ukraine liefern wollen.



<https://pbs.twimg.com/media/FV7vxTAX0AA34Hp?format=jpg&name=900x900>

15:25 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: Linke fordert "nichtmilitärische Möglichkeiten" anstelle von Waffenlieferungen**

Die Linke hat sich auf ihrem Parteitag am Samstag dafür [ausgesprochen](#), der Ukraine anstelle von Waffenlieferungen mehr "nichtmilitärische Möglichkeiten" anzubieten. Die Partei verurteile zwar die russische Spezialoperation in der Ukraine, heißt es in dem Leitantrag. Dennoch stelle sie sich weiterhin gegen Waffenlieferungen an Kiew.

"Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder flüchten müssen", erklärt die Partei in ihrem Strategiepapier. Anstelle von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssten aber "nichtmilitärische Möglichkeiten" erweitert werden: "Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten."

15:58 de.rt.com: **Divide et impera: US-Regierung will Russland aufspalten und "entkolonialisieren"**

Medienberichten zufolge arbeiten US-Eliten an einem Plan zur "Entkolonialisierung" Russlands, während der kollektive Westen Moskau weiterhin des aggressiven Imperialismus bezichtigt. Nach Ansicht der US-Ideologen sollte Russland in mehrere Kleinstaaten zerfallen. Eine US-Regierungsbehörde hielt im Kongress ein Briefing ab, in dem Wege skizziert wurden, Russland als Land im Namen einer angeblichen "Entkolonialisierung" zu spalten. Dies [berichtete](#) die Nachrichtenseite Multipolarista.

Die Teilnehmer forderten eine stärkere Unterstützung der USA für separatistische Bewegungen in Russland. Sie boten an, die Unabhängigkeit zahlreicher Republiken in der Russischen Föderation zu fördern, darunter Tschetschenien, Tatarstan und Dagestan sowie historische Gebiete, die schon vor Jahrhunderten bestanden, wie Tscherkessien.

Es sei bei Weitem nicht das erste Mal, dass die US-amerikanischen Eliten in Washington von der Aufteilung fremder Länder fantasiert haben, so die Zeitung. Während des ersten Kalten Krieges hatten die USA separatistische Gruppen innerhalb der Sowjetunion unterstützt. In den 1990er-Jahren führte die NATO auf Betreiben der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright eine Militäroperation in Jugoslawien durch, die mit dem Zusammenbruch des Landes und dem Tod von mehr als 5.700 Serben, darunter auch Kinder, bei der Bombardierung Belgrads endete. Außerdem unterstütze Washington seit Langem Separatisten in den chinesischen Regionen Tibet, Xinjiang, Hongkong und Taiwan.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hatte der künftige US-Vizepräsident Dick Cheney Russland in mehrere kleinere Länder aufteilen wollen. Der ehemalige Nationale Sicherheitsberater der USA Zbigniew Brzezinski hatte im Jahr 1997 in der Elitezeitschrift Foreign Affairs sogar einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Schaffung eines "locker konföderierten Russlands, bestehend aus einem europäischen Russland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik" vorgeschlagen hatte.

Am 23. Juni fand das Briefing mit dem Titel "Entkolonialisierung Russlands: ein moralischer und strategischer Imperativ" statt. Die Veranstaltung wurde vom Kongressabgeordneten Steve Cohen präsentiert, einem Demokraten aus Tennessee.

Cohen erklärte, die Russen hätten "im Wesentlichen ihr eigenes Land kolonisiert", und argumentierte, dass Russland "keine Nation im strengen Sinne ist, wie wir sie in der Vergangenheit kannten".

Bei der virtuellen Anhörung, die live auf YouTube gestreamt wurde, schlossen sich dem Kongressabgeordneten erfahrene Aktivisten für den Regimewechsel in Russland an, die für eine Vielzahl von US-Regierungsbehörden gearbeitet hatten.

Der aktivste Redner auf der Konferenz war Casey Michel, ein neokonservativer US-amerikanischer Aktivist, der eine Karriere als Befürworter des Regimewechsels gegen Gegner der US-Regierung gemacht habe, so die Zeitung. Michel hatte zunächst beruflich für das US-Friedenskorps an der russisch-kasachischen Grenze gearbeitet und griff dann die Idee eines zweiten Kalten Krieges in Washington auf.

Im Mai hatte Michel in der in Washington erscheinenden Zeitschrift The Atlantic einen Artikel mit dem Titel "Entkolonialisierung Russlands" veröffentlicht, der offenbar als Inspiration für das Briefing des Kongresses diente. Auf der Konferenz erklärte Michel: "Russland beaufsichtigt weiterhin ein in vielerlei Hinsicht traditionelles europäisches Imperium, nur dass es, statt Nationen und Völker in Übersee zu kolonisieren, Nationen und Völker in seinem Land kolonisiert."

Der neokonservative Aktivist beklagte, dass die Vereinigten Staaten den Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 nicht genutzt hätten, um selbst gegen Russland vorzugehen. Er beklagte, dass die westliche Unterstützung für separatistische Bewegungen in Russland nicht weit genug gehe. Michel sagte:

"Es handelt sich um kolonisierte Nationen, die wir als Teil Russlands betrachten, auch wenn es sich wiederum um nicht-russische Nationen handelt, die, wie wir wieder einmal gesehen haben, vom Kreml-Diktator kolonisiert wurden."

Neben Michel nahm auch Erica Marat, Professorin am College of International Security an der National Defence University des Pentagon, am Kongress-Briefing teil. Marat beschuldigte Russland, einen "Völkermord" zu begehen. Sie verurteilte die sogenannten "imperialen Kollaborateure" in Russland und nannte insbesondere das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow.

Marat beklagte auch, dass "der globale Süden Russland nach wie vor als antiwestliche, antikoloniale Macht betrachtet und die Würde nicht-russischer Menschen und insbesondere farbiger Menschen aus ehemaligen Sowjetrepubliken leugnet".

Eine weitere Podiumsteilnehmerin war Fatima Tlis, eine tscherkessische Separatistenaktivistin aus Russland, die ein Stipendium des National Endowment for Democracy (NED) erhielt, das laut russischen Geheimdiensten ein Arm der CIA ist und zur Finanzierung von US-Regimewechsel-Operationen auf der ganzen Welt eingesetzt wird. Tlis hatte umfassend mit den US-Regierungszeitungen Voice of America und Radio Free Europe/Radio Liberty zusammengearbeitet. Auf der Konferenz erklärte sie, dass ihr "Heimatland" Tscherkessien von Russland "besetzt" sei. Sie sprach auch von "weißer Sklaverei".

Die letzte Teilnehmerin des Briefings war Anna Gopko, eine ehemalige Abgeordnete des ukrainischen Parlaments, die zuvor den Vorsitz des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten innegehabt hatte. Sie war auch am ukrainischen Euromaidan-Staatsstreich von 2014 beteiligt gewesen, der nach Ansicht Moskaus vollständig von den USA finanziert worden war. Beim Briefing sagte sie:

"Washington sollte darüber nachdenken, wie man nicht nur das Regime, sondern auch den imperialistischen Charakter der russischen Staatlichkeit ändern kann."

Zum Abschluss des Briefings verurteilten die Diskussionsteilnehmer die militärische Intervention Russlands in Syrien, obwohl Russland nur auf Ersuchen der international anerkannten Regierung des Landes in Syrien interveniert hatte. Tlis bezeichnete den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad als illegitimen russischen "Aktivposten" und stellte Moskaus Verteidigung der territorialen Integrität Syriens gegen westliche Versuche, den Staat zu zerstören, als eine Form der Aggression dar.

Zuvor hatte die Zeitschrift The Atlantic einen Artikel mit dem Titel "Entkolonialisierung Russlands. Der Kreml muss das Imperium, das er noch hat, verlieren" veröffentlicht. Die Hauptthese des Artikels lautet, dass Russland eine Bedrohung für die ganze Welt darstellt, solange es die "kolonisierten Nationen" in der Welt hält. Der Zeitschrift zufolge muss der Westen das 1991 begonnene Projekt zu Ende führen – Russland muss sich auflösen.

The Atlantic zitierte Brzeziński der einmal gesagt hatte:

"Es ist nicht wahr, dass Russland ohne die Ukraine aufhören wird, ein Imperium zu sein. Auch ohne die Ukraine bleibt Russland ein ungeordneter Zusammenschluss von Regionen und Nationen mit äußerst unterschiedlicher Geschichte, Kultur und Sprache. Der Kreml wird weiterhin über koloniale Besitztümer in Gebieten wie Tschetschenien, Tatarstan, Sibirien und die Arktis herrschen."

Die Zeitschrift wies in ihrem Artikel darauf hin, dass sich die USA während und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geweigert hatten, die neu gewonnene Unabhängigkeit mehrerer postsowjetischer Staaten zu verteidigen, und dies mit der unangebrachten Angst begründet hatten, Moskau zu demütigen. Dem Artikel zufolge hatte Moskau, ermutigt durch die Passivität des Westens, begonnen, verlorenen Boden zurückzugewinnen. The Atlantic argumentierte auch, dass die USA schon einmal die Chance gehabt hatten, das russische Imperium zu zerstören. Doch anstatt Russlands imperiale Bestrebungen zu unterdrücken, als sie die Gelegenheit dazu gehabt hatten, hätten US-Präsident George W. Bush und seine Nachfolger einfach zugesehen und auf einen günstigen Ausgang gehofft.

Die von Präsident Wladimir Putin angekündigte militärische Sonderoperation Russlands zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine läuft seit dem 24. Februar. Die

Entscheidung wurde auf einen Appell der Leiter der Donbass-Republiken, der Volksrepubliken Lugansk und Donezk, hin getroffen. Putin betonte, dass Moskau nicht plane, ukrainische Gebiete zu besetzen.

Der russische Präsident wies wiederholt darauf hin, dass das Hauptziel des Westens darin bestehe, die russische Gesellschaft zu spalten und Russland von innen heraus zu zerstören. Insbesondere in Bezug auf die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine betonte Putin, dass die russische Gesellschaft Reife und Zusammenhalt zeige, die Streitkräfte und Bemühungen unterstütze, die auf die bedingungslose Sicherheit Russlands selbst und auf die Unterstützung der im Donbass lebenden Bürger abzielten. Er fügte hinzu, dass trotz aller Versuche des kollektiven Westens nichts und niemand in der Lage sein werde, ein "geeintes und unteilbares" Russland zu zerstören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b617fd48fbef7d0370c07a.png>

16:00 de.rt.com: **Deepfake-Klitschko verunsichert europäische Bürgermeister: Auch Wiener Stadtoberhaupt fiel auf Betrüger rein**

Mehrere europäische Bürgermeister sind auf Fake-Anrufe eines Betrügers hereingefallen, der sich als der Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko ausgegeben hat. Nun hat es offenbar auch Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) [getroffen](#) – der das aber zunächst nicht bemerkte.

Am vergangenen Mittwoch hatte Ludwig demnach noch über sein Gespräch mit dem vermeintlichen Klitschko getwittert. Dem Kollegen habe er demnach erklären müssen, "dass Wien sich hier als Menschenrechtsstadt und auch aus der historischen Tradition heraus in der Pflicht sieht, den Flüchtlingen aus der Ukraine entsprechende Rahmenbedingungen für ihren Aufenthalt in der Stadt zu schaffen", hatte Wiens Bürgermeister auf Twitter geschrieben. Der Tweet war am frühen Samstagnachmittag jedoch gelöscht worden. Dem ORF erklärte Ludwig später:

"Über lange Strecken des Gesprächs sind Themen behandelt worden, die voraussehbar waren. Am Ende ist er dann sehr fordernd geworden, und das war doch in einem etwas unüblichen Ton. Aber es hätte mich jetzt nicht dazu gebracht, jetzt irgendwie das zu hinterfragen, weil an und für sich auch von meiner Seite her keine Themen behandelt worden sind, die man nachträglich verändern hätte müssen."

Der echte Klitschko warnte in der Zwischenzeit via Bild bereits vor den Anrufen. In einem Video sagt er an Politiker gerichtet, die Deutsch oder Englisch sprechen: "Ich brauche nie einen Übersetzer."



<https://pbs.twimg.com/media/FWFcXSBXoAAhPQb?format=jpg&name=900x900>

16:20 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk meldet Erfolg in Lissitschansk**

Die LVR-Volksmiliz und die russischen Streitkräfte haben ein Bergwerk und eine der Fabriken in Lissitschansk unter ihre Kontrolle gebracht, erklärte der Sprecher der Lugansker Sicherheitsbehörde Oberstleutnant Andrei Marotschko RIA Nowosti:

"Im Moment ist bereits ein Mine in der Stadt Lissitschansk beschlagnahmt worden, und unsere Einheiten sind auch in die so genannte Gelatinefabrik eingedrungen."

Die Kämpfe in den Wohnvierteln der Stadt dauerten dagegen an.

Am Vortag hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, berichtet, dass Lissitschansk von Süden her blockiert und die eingekesselten Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in einem nahe gelegenen Kessel besiegt worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b7193648fbef1da45a1e91.jpg>

17:00 de.rt.com: **Geringe Teilnahme an den Protesten gegen den G7-Gipfel in München**

Die angekündigte Großdemonstration zum G7-Gipfel in München hat am Samstag weniger Teilnehmer angezogen als erwartet. Die Polizei sprach mehr als zwei Stunden nach Beginn der Veranstaltung von etwa 4.000 Teilnehmern, die Veranstalter gaben 6.000 Protestierende an. Ursprünglich war mit mindestens 20.000 Menschen gerechnet worden.

Eine Sprecherin der Veranstalter sagte, dass man die Ursache für die geringe Teilnahme allerdings noch nicht bewerten könne. Der Anmelder der Kundgebung, Uwe Hixsch von den Naturfreunden, meinte, dass das deutlich unter dem sei, was man erwartet habe.

"Wir haben den Eindruck, dass ganz viele Menschen durch den Krieg in der Ukraine verunsichert sind", sagte Hixsch. Gerade im rot-grünen Spektrum, das man normalerweise für so eine Demo mobilisiere, gebe es derzeit viele Menschen, die keine Gegenposition zum SPD-Kanzler beziehen wollten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b72239b480cc7584148416.jpg>

Start der Protestdemo auf der Münchener Theresienwiese (25.06.22)

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 25. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 9 befreiten Ortschaften wurden Renten- und Sozialzahlungen durchgeführt.

In Mariupol wurde Ausrüstung für Basisstationen mit 4G-Standard montiert.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 3000 Menschen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka und Staryj Krym durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 10 Hektar Territorium und 9500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 1836 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol und im Bezirk Krasnyj Liman 1649 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

abends:

19:00 (18:00) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine haben gleichzeitig mit russischen Raketenangriffen auf Nikolajew geschossen**

Gleichzeitig mit den Raketenangriffen der russischen Streitkräfte auf ukrainische Militäreinrichtungen in Nikolajew beschoss ukrainische Artillerie Wohngebiete der Stadt, erfoht die Nachrichtenagentur "Noworossija" von einer Quelle in Nikolajew.

Die Quelle stellte fest, dass die Streitkräfte der Ukraine dies regelmäßig tun, um unter den Bürgern Hass gegen Russland zu schüren. Bisher hätten die Nazis jedoch nur den gegenteiligen Effekt erzielt - die Bürger der Stadt führten jeden Treffer auf Wohngebäude auf

das Konto der Streitkräfte der Ukraine zurück. Die Quelle berichtet, dass diese Betrachtungsweise unter den Einwohnern von Nikolajew überwältigend sei. Zuvor sagte der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Igor Konaschenkow, dass das russische Militär innerhalb eines Tages 300 ukrainische Kämpfer sowie ausländische Söldner in der Region Nikolajew liquidiert habe. Zusammen mit ihnen verloren die Streitkräfte der Ukraine auch 35 Einheiten schwerer Waffen.



https://novorosinform.org/content/images/75/82/47582_720x405.jpg

18:05 de.rt.com: **Linken-Parteitag: Als russlandfreundlich geltende Kräfte unterliegen bei Vorsitzendenwahl**

Neue Doppelspitze für die Linke: Janine Wissler und Martin Schirdewan sind am Samstag beim Bundesparteitag in Erfurt zu Parteivorsitzenden gewählt worden. Beide setzten sich im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gegen mehrere Mitbewerber durch. Sie gelten als Realpolitiker, die gut miteinander auskommen.

Die 41-jährige Hessin Wissler erhielt rund 57,5 Prozent der Stimmen, der Berliner Schirdewan 61,3 Prozent. Schirdewan setzte sich damit gegen den Leipziger Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann durch, der als letzte Hoffnung des linken Parteiflügels gegolten hatte und unter anderem von Sahra Wagenknecht unterstützt worden war.

Wissler hatte am Freitag mit einer kämpferischen Rede zu Parteitagsbeginn für sich geworben. Sie räumte Fehler ein und warb zugleich für einer Erneuerung der Partei. Der 46-jährige Schirdewan ist der Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Europaparlament. Er sagte in seiner Bewerbungsrede, er habe Erfahrung damit, "eine bunte Ansammlung von Linken zu lenken und zu führen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b731feb480cc161d06c52e.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 25.06.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 90 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden 20 Wohnhäuser beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Drohne „Furija“ und 2 gepanzerte Fahrzeuge. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Nowgorodskoje wurden beseitigt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starb und 3 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Wir wenden uns an alle Bürger auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram, werden die genannten Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

19:00 de.rt.com: **Russland meldet fast 800 getötete ukrainische Soldaten an einem Tag**

In der erbitterten Schlacht um den Osten der Ukraine haben russische Truppen nach eigenen Angaben binnen 24 Stunden fast 800 gegnerische Soldaten getötet – darunter 80 freiwillige Kämpfer aus Polen. Die Söldner seien durch einen Raketenangriff auf ein Zinkwerk in der Stadt Konstantinowka liquidiert worden, erklärte das Verteidigungsministerium in Moskau am Samstag.

Ein Raketenangriff auf Nikolajew im Süden habe etwa 300 Soldaten getötet. Auch die

Regierung in Kiew berichtete von heftigem Beschuss in vielen Gebieten. Gesichert ist inzwischen die Information, dass die alliierten Truppen der Lugansker Volksmiliz und der russischen Armee die Stadt Sewerodonezk, einschließlich des Asot-Chemiewerkes, vollständig unter ihre Kontrolle gebracht haben. Das bestätigte am Nachmittag der ukrainische Bürgermeister der Stadt im ukrainischen Fernsehen.